

**Humanitäre Krise in Nordafrika;  
Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfonds für  
Katastrophenfälle im Ausland (Bundesgesetz über den  
Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland) für  
den "EU Emergency Trust Fund for stability and  
addressing root causes of irregular migration  
and displaced persons in Africa"**

V o r t r a g  
an den  
M i n i s t e r r a t

In Libyen wird die Lage der Einheimischen und Migranten mit dem Zusammenbruch der staatlichen Versorgung immer schwieriger. Gemäß Bericht des humanitären Büros der Europäischen Kommission (ECHO) benötigen 1,1 Millionen Menschen in Libyen humanitäre Hilfe. Die Menschen brauchen Wohnräume, Trinkwasser, Abwasserversorgung, Nahrungsmittel und ärztliche Unterstützung. Auch ein großer Teil der Strukturen zur Gesundheitsversorgung sind zerstört. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind zwei Drittel der Bedürftigen Einheimische. Es mangelt auch an Mitteln zur Unterstützung der Rückkehr von in Libyen aufhältigen Ausländern, die in ihre Heimat zurückwollen.

In dem nordafrikanischen Land herrscht seit dem Sturz von Langzeitmachthaber Muammar al-Gaddafi 2011 Chaos, die Menschenrechtslage ist dramatisch. Rivalisierende Lager kämpfen um die Vorherrschaft. Die Zahl der Migranten im Land wird auf rund 680.000 geschätzt, viele sind seit etlichen Jahren dort. Derzeit befinden sich gemäß Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) auch 192.500 intern Vertriebene in Libyen. Wie viele Menschen von Libyen aus über das Mittelmeer Richtung Europa wollen, ist laut Vereinten Nationen schwer zu beziffern.

Die gesamte Region Nordafrika charakterisiert sich als eine Herkunfts- und Transitregion sowie finale Destination von gemischten Migrationsströmen aus Subsahara-Afrika, Westafrika, dem Horn von Afrika und dem Mittleren Osten, wobei eine hohe Anzahl dieser Länder von andauernder politischer Instabilität und internen Konfliktsituationen geprägt sind.

Angesichts der stetig zunehmenden Migrationsbewegungen in mehreren Regionen Afrikas hat die Europäische Union bereits im November 2015 auf dem Gipfel von La Valetta den „EU Emergency Trust Fund for stability and addressing root causes of irregular migration and

displaced persons in Africa“ (EUTF Afrika) eingerichtet. Der Treuhandfonds soll der EU eine möglichst schnelle und effiziente Implementierung von Mitteln für Projekte zur Bewältigung der Migrationsursachen in Afrika erlauben. Die Projekte konzentrieren sich auf Verbesserungen in den Bereichen Beschäftigung, Stärkung der Widerstandsfähigkeit (Resilienz), Migrationsmanagement und gute Regierungsführung in insgesamt 26 Partnerländern. Mittlerweile verfügt der EUTF Afrika über Gesamtmittel in der Höhe von 4,1 Milliarden Euro, wovon 89% von der EU und 11% durch die EU-Mitgliedstaaten und andere Geber aufgebracht wurden. Bis dato wurden 170 Programme in Höhe von 3,3 Milliarden Euro genehmigt.

Die aktuellen verschärften humanitären Krisen in der Region Nordafrika werden zunehmend als Grundursachen für die irreguläre Migration aus Afrika betrachtet. Die mit dem steigenden Migrationsdruck verbundenen Herausforderungen erfordern eine Verschränkung von Maßnahmen der humanitären Hilfe mit mittel- und längerfristig angelegten Projekten der Entwicklungszusammenarbeit.

Das Nordafrikafenster des EUTF Afrika unterhält Operationen in Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten. Das übergeordnete Ziel der Operationen des EUTF ist ein Beitrag zu sicheren und legalen Möglichkeiten der Migration von, zur und innerhalb der Region Nordafrika zu leisten. Auch die humanitäre Rückführung von Migranten soll gefördert werden.

Österreich sollte daher im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der besorgniserregenden Situation die humanitären Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft in der Region Nordafrika unterstützen. Zudem soll ein Beitrag zu den internationalen Bemühungen zur Stabilisierung der Krisenregion und damit zur Bekämpfung der Ursachen für Flucht und Migration geleistet werden. Länder in dieser Region zählen zu den Transitländern der Hauptherkunftsländer wie Nigeria oder wichtigen anderen Transitländern (Niger) der Flüchtlinge und Migranten, die über die zentrale Mittelmeerroute vor allem nach Italien gelangen.

Als österreichischer Beitrag zur Linderung der humanitären Krisen in Afrika ist ein weiterer Betrag von 1 Million Euro aus Mitteln des Auslandskatastrophenfonds vorgesehen, der mit dem Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Auslandskatastrophenfondsgesetz), BGBl. I Nr. 23/2005, errichtet wurde und die Aufgabe hat, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Über die Verwendung der Mittel dieses Fonds entscheidet gemäß § 3 dieses Gesetzes in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung. Die Abwicklung der Beträge soll im Wege der Austrian Development Agency (ADA) erfolgen. Die Bedeckung wird durch Entnahme von Rücklagen bei der Untergliederung 12 sichergestellt.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stelle ich daher den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle beschließen, aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland 1 Million Euro dem "EU Emergency Trust Fund for stability and addressing root causes

of irregular migration and displaced persons in Africa“ für Aktivitäten im Rahmen des Nordafrika Fensters zur Verfügung zu stellen.

Wien, am 18. Dezember 2018  
KNEISSL